



Liebe Einwohner von Gummersbach,



wie jedes Jahr im Sommer möchten wir Sie über die Schwerpunkte der SPD-Arbeit im Stadtrat und wesentliche Entwicklungen der Stadtpolitik informieren.

Wie schon 2016 stand auch in den letzten Monaten für uns als SPD die Frage im Mittelpunkt, wie in Zukunft ein vielfältiges und ansprechendes Kulturangebot in unserer Stadt gewährleistet werden kann.

In den letzten fünf Jahren haben wir als SPD-Stadtratsfraktion die Mittel für das Theater im Haushalt der Stadt Gummersbach abgelehnt, weil die Verwaltung keine realistische Perspektive aufzeigen konnte. Wenn uns ein schlüssiges Konzept vorgelegt worden wäre, hätten wir selbstverständlich dem Weiterbetrieb des Theaters zugestimmt. Zwischenzeitlich hat auch die Mehrheit der anderen Parteien im Stadtrat erkannt, dass ein Weiterbetrieb des bestehenden Theaters auch angesichts eines millionenschweren Sanierungsbedarfes nicht vertretbar ist. Nach jahrelangem Drängen der SPD hat die Verwaltung in der letzten Sitzung des Stadtrates vor der Sommerpause einen Vorschlag unterbreitet. Danach können bei vergleichsweise geringem Investitionsaufwand 12 von 18 städtischen Kulturveranstaltungen, die bisher im Theater stattfanden, in Zukunft auch in der Halle 32 auf die Bühne gebracht werden. Dabei handelt es sich um alle Schauspielproduktionen, vor allen Dingen um das beliebte Kindertheater, was uns besonders am Herzen liegt. Aber auch auf Oper und Operette muss in Zukunft in Gummersbach niemand verzichten. Die Verwaltung hat eine Anregung der SPD aufgenommen, wonach in Zukunft im Stadtgarten auf dem Steinmüllergelände eine Art Sommermusikfestival mit großer Bühne stattfinden soll. Mit der Aufführung von Nabucco im letzten Jahr hat es schon eine erfolgreiche Premiere gegeben.

Was uns als SPD besonders freut: Bei diesem Festival können auch heimische Kulturschaffende wie das bekannte Musical-Projekt Oberberg (MPO) ihre Produktionen aufführen.

Weil sich viele Vorstellungen der SPD in dem Vorschlag wiederfinden, haben wir ihm guten Gewissens zustimmen können. Beharrlichkeit zahlt sich eben aus. Den Neubau eines Theaters schließt dieses Vorgehen aber nicht unbedingt aus. Ein entsprechendes Grundstück auf dem Steinmüllergelände wird freigehalten. Aus finanziellen Gründen könnte ein solches Vorhaben aber erst ab 2021 in Erwägung gezogen werden. Für uns als SPD ist dabei aber wichtig: Vor einem Neubau muss es ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung geben, denn Sie, liebe Gummersbacherinnen und Gummersbacher, müssten ein solches Vorhaben aus Steuergeldern bezahlen.

Während auf dem Steinmüllergelände mittlerweile die Neubauten der Kreispolizeibehörde und des Amtsgerichtes in die Höhe wachsen, steht dort ein weiteres wichtiges Projekt an. In Kürze wird dort zwischen dem Einkaufszentrum Forum und der Halle 32 mit dem Neubau eines Kinos begonnen. Schon im Sommer 2016 wurde die Politik in einer Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtentwicklung über die Pläne informiert. Entstehen soll ein KinoCenter mit insgesamt sieben Sälen, wobei die Sitzplatzkapazitäten von rund 80 Plätzen im kleinsten Saal bis zu rund 300 Plätzen im größten Saal reichen werden. Insgesamt finden im Kino rund 1.200 Zuschauer Platz. Sehr interessant ist auch der Aspekt, dass die Räumlichkeiten für Vorlesungen der Technischen Hochschule genutzt werden können. Wichtig ist: Im Gegensatz zum Theater handelt es sich hier um eine Initiative von Privatinvestoren und einem privaten Betreiber, die das Unternehmen klug durchkalkuliert haben. Die Aufgabe der Kommunalpolitik bestand darin, dem Verkauf des städtischen Grundstückes zu einem angemessenen Preis zuzustimmen. Wir als SPD haben mit großer Überzeugung zugestimmt, weil wir sicher sind, dass ein neues modernes Kino zur Attraktivität von Gummersbach erheblich beitragen wird.

Eine Hauptaufgabe des kommunalpolitischen Handelns stellt für die SPD-Fraktion eine seriöse und transparente Haushaltsführung dar. Hier ist insbesondere darauf zu achten, dass die städt. Ausgaben nicht dazu führen, dass die Stadt handlungsunfähig wird. Einnahmen und Ausgaben müssen also in einem vernünftigen und ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Wie IT-NRW vor einigen Wochen berichtete, betrug die Pro-Kopf-Verschuldung zum 31.12.2015 in Gummersbach 4.803 € pro Einwohner. Damit belegt Gummersbach leider nur einen Mittelplatz unter den 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Das große Problem stellen die Kassenkredite dar. Sie sind eigentlich nichts anderes als ein Überziehungskredit im Bereich des Girokontos. Leider wird es nicht möglich sein, bei wieder ansteigenden Zinsen, dieses Konto kurzfristig auszugleichen. Folglich wird dieser Überziehungskredit ab einem gewissen Zeitpunkt in einen langfristigen Kredit umgewandelt werden müssen. Stellt man sich nun Tilgungszeiten für solch einen Kredit von rund 25 Jahren vor, wird schnell klar, dass diese Schulden von unseren Kindern zurückgezahlt werden müssen.

Die SPD-Fraktion fordert daher jährlich in den Haushaltsberatungen einen über den vorgeschriebenen Tilgungssatz hinaus gehenden Schuldenabbau, insbesondere aufgrund der guten Einnahmesituation der Stadt. Leider stehen wir bislang mit dieser Forderung allein dar. Wir werden aber auch in diesem Herbst wieder versuchen, hier ein Umdenken bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Ratsfraktionen und der Verwaltungsspitze zu erreichen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Fraktionsarbeit legen wir auf den Kinder- und Jugendhilfereich. Die Themen die im Jugendhilfeausschuss auf der Tagesordnung stehen sind von besonderer sozial- und familienpolitischer Bedeutung für die Stadt Gummersbach. Hier wird Jahr für Jahr ein millionenschwerer Etat bewegt, der unter anderem die Bereiche Kindertageseinrichtungen, Tagespflege, Jugendarbeit und die Leistungen zur Förderung junger Menschen abdeckt.

Auch wenn die Verwaltung der Stadt Gummersbach in diesem Bereich grundsätzlich eine solide Arbeit leistet, gibt es in dem einen oder anderen Bereich aus Sicht der SPD Fraktion deutlichen Handlungsbedarf.

So legt die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss keine explizite Jugendhilfeplanung vor, auf dessen Grundlage eine angemessene Steuerung der Politik in diesem Bereich möglich wäre. Im Gegenteil, die letzte Vorlage in diesem Bereich umfasste gerade mal eine DIN-A4 Seite und wurde dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung als Tischvorlage vorgelegt. In dieser Art und Weise kann aus Sicht der SPD-Fraktion keine vernünftige Einschätzung und Planung von Bedarfen der Eltern in der Stadt Gummersbach erfolgen. In der Jugendhilfeplanung bspw. im Bereich der Kindertageseinrichtungen sollten für eine transparente, umfassende und zukunftsorientierte Planung von Plätzen in Kitas und der Kindertagespflege mindestens folgende Punkte enthalten sein: Aufstellung der Kindpauschalen, tatsächliche Belegung, geplante Belegung; zudem eine statistische Bedarfsermittlung und eine Vorausschau bis 2020/2021. Eine Jugendhilfeplanung in diesem Bereich könnte auch Beispiele einer möglichen Entwicklung der Platzzahlen für Kinder unter und über drei Jahren aufzeigen.

Wir hoffen, dass dieser Bürgerbrief für Sie interessant ist und wünschen Ihnen noch eine schöne Sommerzeit mit vielen warmen Sonnentagen.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Lichtmann
Vorsitzender
SPD Gummersbach



Thorsten Konzelmann
Vorsitzender
SPD-Ratsfraktion Gummersbach

BAJRUS SALIU

Im Rauhenbusch 11 • 51643 Gummersbach

Tel: 0160-5 90 93 95

bajrush.saliu@spd-gummersbach.de

www.spd-gummersbach.de  facebook.com/spdgm